

# **Kirche und Gesellschaft**

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 171

## **Der schwierige Weg vom DDR-Sozialismus in die Demokratie**

von Gerhard Lange

J.P. Bachem Verlag

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die  
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle  
Viktoriastraße 76  
4050 Mönchengladbach 1

**Redaktion:**  
**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**  
**Mönchengladbach**

Nach dem Ende der Nazidiktatur 1945 war im Gebiet der heutigen DDR wie in ganz Deutschland der Wille zu einer demokratischen Neugestaltung das erklärte Ziel der überwiegenden Mehrheit der Deutschen, mochten sich die ordnungspolitischen Vorstellungen im einzelnen noch so sehr voneinander unterscheiden. Der Hegemonialanspruch der Sowjetunion, den deren Führung mittels ihrer deutschen kommunistischen Kader – ein typisches DDR-Wort – durchsetzte, führte zur Liquidierung oder zur Gleichschaltung der demokratischen politischen Kräfte, die sich in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gerade neu organisiert hatten. In vorderster Linie stand die Christlich-Demokratische Union Deutschlands mit Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und anderen Männern und Frauen; nicht wenige von ihnen kamen aus dem Widerstand gegen das NS-Regime. Die, die sich der sowjetischen Macht und ihrer Auffassung von Staat und Gesellschaft nicht beugen wollten, wurden verfolgt, inhaftiert und nur allzuoft zu jahrelanger Haft verurteilt. Erinnerung sei an einen Mann wie Manfred Klein, der fast zehn Jahre lang im Zuchthaus Bautzen einsitzen mußte und, gesundheitlich ruiniert, auf dem „Tauschweg“ gegen den westdeutschen Kommunisten Angenfurth freikam. Es ist derselbe Manfred Klein, der 1946 im Glauben an ein besseres demokratisches Deutschland wohlmeinend seine Unterschrift unter den Gründungsauftrag der FDJ, der sogenannten Freien Deutschen Jugend setzte, gemeinsam auch mit Erich Honecker.

### **Der Zwang zur Anpassung**

Damals bereits verließen viele das Land in Richtung Westen. Der überwiegenden Mehrheit der Menschen erging es in der Folgezeit wie einem Gesunden, dem man zwangsweise einen Daueraufenthalt im Krankenbett verordnet: er bekommt Muskelatrophie und kann sich aus eigener Kraft kaum noch fortbewegen. Die Zwangsabstinenz von selbstbestimmtem politischem Engagement und gleichzeitig der Zwang zum systemkonformen Mitmachen wurde von nicht wenigen Menschen als Bedrohung ihrer Eigenidentität erfahren. Es stellte sich nämlich unter den Bedingungen des DDR-Sozialismus ein Entfremdungseffekt ein, genauer: ein durch den Zwang zur Anpassung und zur Übernahme einer verordneten Rolle erzeugter Prozeß der Selbstentfremdung, dem man zu entgehen suchte. „Privat geht vor Katastrophe“ hieß die Devise.

Der Versuch, der Selbstentfremdung durch Privatisieren zu entgehen, hatte Folgen. Zum einen führte er bei vielen Menschen zur Verkümmern ihres Bezugs zum Sozialen, zur Einschränkung der Bereitschaft, Verantwortung zugunsten der Gemeinschaft zu übernehmen. Wenn Aristoteles vom Menschen als „zoon politicon“ spricht, also von einem politischen, auf das

Gemeinwesen und auf die menschliche Gemeinschaft hingeordneten Wesen, dann wurde gerade durch die gesellschaftliche Zwangsintegration dieser Wesenszug des Menschen in sein Gegenteil, in das A-Soziale im Sinne des Alpha privatium, verkehrt.

Diese neue Gesellschaft, die nach den Konstruktionsplänen kommunistisch-sozialistischer Ideologie mit den Mitteln der Gewalt und des von den Sicherheitsorganen organisierten staatlichen Terrors zusammengezimmert wurde, war den meisten Menschen ein fremdes Haus. In diesem Sinne sind die Äußerungen des Meißener Bischofs Otto Spülbeck auf dem Katholikentag 1956 in Köln zu verstehen: „Wir leben in einem Haus, dessen Grundfesten wir nicht gebaut haben, dessen tragende Fundamente wir sogar für falsch halten . . . Wir tragen aber gern dazu bei, daß wir selbst in diesem Hause noch menschenwürdig und als Christen leben können, aber wir können kein neues Stockwerk draufsetzen, da wir das Fundament für fehlerhaft halten. Das Menschenbild des Marxismus und seine Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung stimmt mit dem Bild, das wir haben, nicht überein. Dieses Haus bleibt uns ein fremdes Haus.“<sup>(1)</sup>)

Der Mensch versuchte sich der Selbstentfremdung aber auch dadurch zu entziehen, daß er sich ein „Rollenverhalten“ zulegte. Er schlüpfte in eine Vielzahl von Rollen. Das war auch eine Strategie der Identitätsbewahrung. Doch während beim Chamäleon die Fähigkeit zu einer sich selbst wandelnden Tarnung, die sich den äußeren Verhältnissen anzupassen weiß, dem Überleben dient, barg die Übernahme einer auf bloße Außenwirkung bedachten Rolle gerade die Gefahr des Verlustes von persönlicher Identität und moralischer Integrität. Denn indem der Mensch seine innere Gesinnung und Überzeugung zu vertuschen suchte, geriet er durch die Rollenübernahme in Gefahr, willfährig für alles zu werden und letztlich die Achtung vor sich selbst zu verlieren. Zudem mußte die Aufspaltung der Wahrheit in eine Wahrheit der öffentlichen und staatlich verbindlichen ideologischen Doktrin und eine Wahrheit der persönlichen Überzeugung für viele Menschen zu einer Art geistiger Schizophrenie führen, zur inneren Zerrissenheit und zu Konflikten.

In seinem Schauspiel „Der Drache“<sup>(2)</sup>) hat der russische Schriftsteller Jewgeni Schwarz auf die schreckliche Deformation des Menschen durch das totalitäre Regime wohl nicht nur des eigenen Landes hingewiesen, dessen Symbol der Drache ist, dem Menschen zum Opfer gebracht werden müssen. In einem an Dramatik und an Fürchterlichkeit kaum zu übertreffenden Dialog zwischen Lanzelot und dem Drachen erklärt dieser in unüberbietbarem Zynismus, seine Untertanen seien sein Werk, er habe sie zugeschnitten. Und als sein Widerpart erklärt, und doch seien es Menschen, da ist die Antwort: „Nur von außen. Wenn du ihre Seelen sehen könntest, du würdest erzittern . . . Du würdest fliehen. Solcher Krüppel wegen würdest du nicht sterben wollen. Ich habe sie selbst zu Krüppeln gemacht, mein Lieber, so wie ich

sie brauchte, habe ich sie mir verkrüppelt. Menschliche Seelen, mein Lieber, sind zählebig. Zerhackst du den Körper in zwei Hälften, verreckt der Mensch. Wenn du ihm aber die Seele zerhackst, passiert gar nichts, er wird gefügig. Nein, solche Seelen findest du nirgends. Nur in meiner Stadt. Armlose Seelen. Seelen ohne Beine, taubstumme Seelen, Kettenseelen, Spürhundseelen, durchlöchernte Seelen, käufliche Seelen. Schade, daß sie unsichtbar sind.“ Lanzelot darauf: „Das ist Ihr Glück. Wenn die Menschen sehen könnten, was Sie aus ihnen gemacht haben, würden sie ihre Unterdrückung nicht mehr dulden und auch den Tod nicht scheuen.“

### **Kirchen als Freiraum**

In diesem Zusammenhang soll, wenn auch kurz, auf die Rolle der Kirchen eingegangen werden. – Zuerst einmal gilt für alle Kirchen, unabhängig von der Konfession, daß sie dem Menschen in der DDR einen Freiraum ermöglichen, wo dieser frei von jeder Fremdbestimmung oder Verzweckung seine Eigenidentität finden oder bewahren und zugleich seine sozialen Anlagen und Bezüge realisieren konnte. Es ist unschwer zu erkennen, daß in einer auf Totalität angelegten Gesellschaft dieser Funktion der Kirchen höchste politische Bedeutung zukam, und zwar vor jedem ausdrücklichen politischen Tun der Kirchen, sei es in der Form völliger Verweigerung gegenüber dem Staat, wie bei der katholischen Kirche, oder einer bedingten Akzeptation, wie sie im evangelischen Bereich durch den Begriff „Kirche im Sozialismus“ deutlich wurde.

Man hat verschiedentlich die Behauptung aufgestellt, die katholische Kirche in der DDR habe sich in ein Getto zurückgezogen, sie habe ein „Sakristeichristentum“ praktiziert, sie sei ein Ofen gewesen, der nur sich selbst gewärmt habe. Diese Behauptung ist objektiv falsch. Sie entspringt einer verkehrten Perspektive, sei es, daß die Situation bloß von außerhalb der DDR gesehen wurde oder daß DDR-Insider hinter einer solchen Behauptung eine sehr fundamentale Kirchenkritik versteckten und sich dabei ihrer kirchlichen Sondersituation im Staat DDR „erfreuten“. Die Wahrheit ist, daß die Kirche in der DDR-sozialistischen Wüste mit ihren deformierenden Verwüstungen für die Menschen so etwas wie eine Oase darstellte, die es ihnen ermöglichte, den Marsch durch den sozialistischen Alltag als Mensch und Christ einigermaßen heil zu überstehen.

Neben der grundlegenden Gemeinsamkeit der Ermöglichung von Freiräumen für die Menschen gab und gibt es zwischen der katholischen Kirche und den evangelischen Kirchen aber auch Unterschiede, die mit dem Selbstverständnis der Kirchen zusammenhängen. Ein Unterschied besteht darin, daß die evangelischen Kirchen synodal verfaßt sind: die Synode ist das gewählte

Legislativorgan, während dem kirchlichen Amt, auch dem des Bischofs, mehr exekutive Zuständigkeit zukommt. Im Gegensatz dazu ist die katholische Kirche hierarchisch verfaßt, d. h. die Leistungsvollmacht liegt bei den Bischöfen.

Angesichts der Unmöglichkeit einer eigenverantworteten politischen Tätigkeit in der sozialistischen Gesellschaft und im Staat DDR – beiden ging Freiheit und Demokratie ab – eröffnete sich in den Synoden der evangelischen Kirchen für Menschen auch und vor allem mit einem politischen Charisma die Möglichkeit, eine aus christlicher Weltverantwortung kommende politische Dimension christlichen Handelns offiziell einzubringen. So kamen in den Synoden Themen und Probleme zur Sprache, die eigentlich in den Gremien der Volksvertretung hätten behandelt werden sollen – wenn dies möglich gewesen wäre. Hier eröffnete sich in den verschiedenen Synoden der evangelischen Kirchen ein weites Feld politischer Meinungs- und Willensbildung, was einen nicht unwesentlichen Anteil an der Vorbereitung der sog. Wende in der DDR hatte.

Für die katholischen Christen war ein vergleichbares Engagement auf Grund der anders gelagerten Kirchenstruktur ungleich schwieriger. Eine eigenständige Laienarbeit – der des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vergleichbar – war aus politischen Gründen nicht möglich, jedenfalls nicht mit öffentlicher Wirksamkeit. Partizipatorische Strukturen innerhalb der Kirche waren nicht oder nur schwach ausgebildet und hatten ihre Grenze an einer stark vom Klerus dominierten Kirche, der das Korrektiv einer demokratisch verfaßten Öffentlichkeit, wahrgenommen auch durch katholische Laien in öffentlichen Ämtern, fehlte. Dazu war es vor allem gekommen, weil die Bischöfe während der NS-Zeit und dann unter der sowjetischen Besatzungsmacht und der anschließenden Einparteienherrschaft der SED für die zum Schweigen verurteilten Laien sprachen, also Mund derer wurden, die zum Verstummen gebracht worden waren.

Hinzu kam die Tatsache einer extremen Diasporasituation mit der verhältnismäßig geringen Zahl katholischer Christen. In der DDR und in Ostberlin gibt es heute ungefähr eine Million Katholiken, von denen ca. 200.000 regelmäßig den Sonntagsgottesdienst mitfeiern und am Gemeindeleben teilnehmen.

## **Die Zwangsindoktrination und ihre Folgen**

Man hat verschiedentlich die Behauptung aufgestellt, der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in der DDR hätte zu einem geistigen und weltanschaulichen Vakuum geführt. Dies gelte es auszufüllen.

Es wurde bereits dargestellt, daß es sich bei der Hinterlassenschaft des totalitären Regimes nicht nur um ein Vakuum handelt, sondern vielmehr um eine

Deformation. Das DDR-sozialistische System war auf Totalität bedacht. Darum war es bestrebt, keine ideologiefreien Räume zuzulassen. Ja mehr noch, es bekämpfte jede andere Ideologie oder Weltanschauung im Namen des eigenen absoluten Wahrheitsanspruches. Dieser Kampf, der meist nicht mit den Mitteln geistiger Auseinandersetzung, sondern mit politischen Mitteln bis hin zur Diffamierung und Kriminalisierung von sog. ideologischen Gegnern oder Abweichlern aus den eigenen Reihen erfolgte, war letztlich ein Kampf um die Macht. Die methodisch betriebene Indoktrination der Menschen mit der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus hatte ja das Ziel, bei allen Bürgern des Staates die gleiche weltanschauliche Grundüberzeugung herauszubilden. Dabei ging man davon aus, daß, wenn alle Bürger „gute Sozialisten“ im Sinne der herrschenden Weltanschauung seien, dann auch die Macht der Partei in diesem Staat am ehesten abgesichert sei.

Von dieser Sicht her war es folgerichtig, daß die Bildung einer eigenständigen ideologischen „Plattform“ als bedrohlicher angesehen wurde als eine feindliche politische Aktivität. Sie wurde mit gleichsam inquisitorischer Strenge verfolgt. Am gefährdetsten waren die eigenen Anhänger. „Eurokommunismus“ und „Sozialdemokratismus“ waren solche ächtenden Bezeichnungen für die Linie derer, die als ideologische „Abweichler“ die offizielle politisch-ideologische Linie der Partei verließen.

Im ausgehenden Zeitalter der Wissenschaftsgläubigkeit war es verständlich, daß das DDR-sozialistische System seiner Weltanschauung das Prädikat „wissenschaftlich“ zulegte. Auf diese Weise war man bestrebt, der Weltanschauung Seriosität zu verleihen. Vor allem aber versuchte die Ideologie sich des „ontologischen Grundbedürfnisses“ des Menschen, nämlich zu wissen, was die Welt im Innersten zusammenhält (Faust), zu bedienen. Der Wunsch, über eine Weltanschauung zu verfügen, die es ermöglicht, die Welt als ein Ordnungsgefüge, als einen Kosmos im Sinne der alten Griechen zu begreifen, wurde mit der Ideologie des Marxismus-Leninismus, mit dem Historischen und Dialektischen Materialismus in der Fassung der sowjetischen und der DDR-deutschen Ideologen beantwortet. Das hatte zur Folge, daß vielen weltanschaulich-philosophischen Begriffen ein neuer, anderer Inhalt gegeben wurde. Dieser hatte dann in der Regel mit der geistigen Tradition europäischer Geisteskultur wenig zu tun.

### **Freiheit und Recht – Opfer der Deformation**

So wurde z. B. der Schlüsselbegriff „Freiheit“ gemäß der deterministischen materialistischen Geschichtsauffassung alternativlos als „Einsicht in die Notwendigkeit“ definiert. Angesichts des aus dem Helgelschen Geschichtsverständnis durch materialistische Umstülpung gewonnenen Anspruchs, die

höchste Etappe der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zu verkörpern, also Legitimität, die aus der Ideologie gewonnen wurde, zu beanspruchen, hieß das im Konkreten nichts anderes als: Du mußt dich einfügen und dich dem „gesetzmäßigen“ Verlauf der Geschichte beugen, einer Geschichte, deren Gesetze letztlich die Partei kennt und als Entwicklungsprinzip der Gesellschaft wissenschaftlich anzuwenden versteht. Man erkennt unschwer, wie es nur eines kleinen Schrittes der Abteilung für Agitation und Propaganda der alten SED und ihrer Jugendorganisation FDJ bedurfte, um eine ganze Generation singen zu lassen: Die Partei, die Partei hat immer Recht ...

Man darf sich heute nicht wundern, daß auf dem Hintergrund des abgeworfenen Zwangsjoches der alten Herrschaft der Begriff Freiheit zuerst einmal leicht anarchische Züge aufweist. Ein solches Freiheitsverständnis einer gewissen Zügellosigkeit, die nicht gehalten ist von dem Komplementärbegriff „Verantwortung“, bedarf der umfassenden Einbindung in eine Wertordnung.

Ein anderes Feld solcher Deformation ist das Rechtsbewußtsein. Es beginnt bereits damit, daß vielen in der DDR der Unterschied zwischen Besitz und Eigentum unbekannt ist. Manche demagogische Propagandaparole, durch die bei den Menschen beispielsweise in der Wohnungsfrage Ängste geschürt wurden, war nur deshalb erfolgreich, weil Menschen meinten, mit der Anerkennung des Rechts des früheren Eigentümers auf sein Eigentum sofort eigene Ansprüche, aus Mietrechtsverhältnissen z. B., aufgeben zu müssen.

Darüber hinaus gibt es andere Deformationen, welche die Rechtsgrundlagen überhaupt in Frage stellen. Dann nämlich, wenn z. B. das Recht reduziert wird auf die Ausübbarkeit eines Rechts. Das in der DDR propagierte kollektivistische Menschenrechtsverständnis versuchte dem Menschen weiszumachen, daß ihm nur in dem Maße Rechte und Recht zukommen, wie sie ihm Staat und Gesellschaft ermöglichen oder gewähren. Diese Doktrin bewirkte die Meinung, daß, wenn dem Menschen diese Rechte entzogen werden, er sie dann eben nicht mehr habe. Dies aber ist der Tod jeglichen abendländischen Rechtsbewußtseins.

### **Fehlende Auseinandersetzung mit der Ideologie – Ursache von folgenreicher Indoktrination**

Leider ist auch dies anzumerken: Wegen der politischen Zwangsindoktrination und der daraus resultierenden Verweigerungshaltung der meisten Menschen, nicht nur der Christen, fand eine eingehende Auseinandersetzung mit der Ideologie und den politisch-ökonomischen Grundlagen des DDR-Sozialismus kaum statt. Diese Verweigerungshaltung hatte z. T. ungute Auswirkungen; denn da die Ideologie in all ihrer Einseitigkeit und Realitätsferne dennoch die Lehr- und Bildungsinhalte weitgehend bestimmte, fand eben doch



eine gleichsam osmotische und kaum wahrgenommene Indoktrination statt, die nicht nur den Inhalt von Begriffen und gewisse Wertvorstellungen betraf, sondern bei nicht wenigen das Denken selbst beeinflusste.

Ein Beispiel aus der Schule der Gegenwart: Die allermeisten Kinder haben große Schwierigkeiten mit der Identität vieler ihrer früheren und auch jetzt noch an der Schule tätigen Lehrer. Das, was ihnen dieselben Lehrer früher als die Wahrheit des Sozialismus beibrachten, ist heute nicht mehr wahr. Die Kinder können nicht begreifen, wie ein Lehrer gestern so und heute ganz anders redet; wie es kommt, daß sie für dieselbe Antwort eben noch mit einer schlechten Note bestraft wurden und heute belobigt werden.

Eine beträchtliche Anzahl von Lehrern scheint da weit weniger Schwierigkeiten zu haben. Sie haben sich – getreu der Grundthese des historischen Materialismus – als Produkt der Gesellschaft begriffen, der man sich zu verdanken hat. Insofern taten sie, was die gesellschaftlichen Verhältnisse, d. h. vor allem die Partei- und Staatsführung, von ihnen verlangten: d. h. sie funktionierten. Persönliche Überzeugung war nicht gefragt. Und heute? Die Verhältnisse haben sich geändert. Geblieben ist die Grundeinstellung. Also funktioniert man, wie es die gewandelten Verhältnisse heutzutage verlangen. Identitätskrise? Die scheint selten zu sein. Man orientiert sich als Lehrer bereits auf den zu erreichenden Beamtenstatus, denselben, den man gemäß der politisch-ideologischen Lehrplanvorgabe jahrzehntelang beschimpft und verächtlich gemacht hat.

Wahrscheinlich ist in dieser osmotischen und darum kaum wahrgenommenen Indoktrination auch die Ursache dafür zu suchen, daß bei der Ökumenischen Versammlung in der DDR, an der ja auch die Berliner Bischofskonferenz durch ihre erweiterte Arbeitsgruppe „Justitia et Pax“ teilnahm und die alle wesentlichen gesellschaftlich und politisch relevanten Themen behandelte, vorrangig nach der Devise vorgegangen wurde: „Wo uns der sozialistische Schuh drückt.“ Der Sozialismus selbst wurde hinsichtlich seiner weltanschaulichen und politisch-ökonomischen Voraussetzungen nicht wirklich in Frage gestellt. Diese Feststellung soll allerdings nicht die Bedeutung der drei Vollversammlungen für den politischen Veränderungsprozeß insgesamt schmälern. Doch wie weit osmotische Indoktrination gehen kann, konnte man dem „Theologenpapier“ der Ökumenischen Versammlung entnehmen, das in seiner frühen Fassung die Behauptung aufgestellt hatte, Gorbatschows Perestrojka sei die gesellschaftspolitische Entsprechung zum biblischen Begriff der Umkehr.

Man erkennt unschwer, wie weit sich mit dieser Auffassung auch die in der theologischen Kommission der Ökumenischen Versammlung in der DDR mitarbeitenden Katholiken von der Haltung Bischofs Spülbeck 1956 in Köln entfernt hatten.

## „Kirche im Sozialismus“

In diesem Zusammenhang ist auch von der „Kirche im Sozialismus“ zu sprechen. Es ist schwer zu sagen, was den Inhalt des Begriffs „Kirche im Sozialismus“ im letzten ausmachte. War es eine politische Option für den DDR-Sozialismus? Schlug sich darin der Erfolg einer gelungenen Indoktrination mit DDR-sozialistischem Gedankengut nieder? War es ein Aufleben des Gedankenguts christlicher Sozialisten aus der Zeit vor 1933? War es eine vorrangig pastorale Positionsbestimmung?

Auf die Bitte von Günter Gaus an eine führende Mitarbeiterin beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, „definieren Sie bitte, was für Sie Kirche im Sozialismus heißt“, wurde geantwortet mit dem Hinweis, daß Kirche im Sozialismus heißen soll, „Kirche für andere. Daß wir unseren Platz haben, das ist viel zitiert worden, nicht neben und nicht über und nicht unter . . ., sondern im Sozialismus, und das heißt, bei den Menschen in ihren Konflikten, angesichts aller Schwächen, die der real existierende Sozialismus auch hat, aber auch angesichts der Chancen, die er bietet“. Über diese Chancen hieß es dann weiter: „Und als die neue Verfassung der DDR 1968 verkündet, also diskutiert wurde, die dann später auch dazu geführt hat, daß wir eine eigene Organisation für dieses Land gebildet haben, da haben die (evangelischen) Bischöfe der DDR gesagt, sie sehen den Sozialismus als eine Aufgabe, sie sehen sich als Kirche vor die Aufgabe gestellt, den Sozialismus als eine Chance für das gerechtere Zusammenleben der Menschen zu verwirklichen. Und dies gehört für uns als Kirche im Sozialismus hinzu.“<sup>3)</sup>

Ein anderes Beispiel bietet die Aussage eines führenden evangelischen Kirchenmannes auf dem Evangelischen Kirchentag in Leipzig im Sommer 1989, als er bemerkte, „daß die Mehrheit der Menschen in unserem Land eine bessere DDR will und nicht eine kapitalistische DDR“.<sup>4)</sup>

Was hier deutlich wird, das ist wohl weniger eine politische Option zugunsten des DDR-Sozialismus, sondern der Hang zur Sozialutopie. Welche Wandlungen im Protestantismus eingetreten sind, hat Lucian Hölscher unter dem Titel „Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich“ dargestellt.<sup>5)</sup>

Der Verfassungsentwurf des zentralen Runden Tisches in der DDR, mit seinem Hang zum Idealtypischen, dürfte letztlich auch aus dem geistigen Boden eines deutschen sozialutopistischen Idealismus erwachsen sein; wie anders wäre der Versuch, aus allen nur möglichen Verfassungen das beste herauszufiltern und zur Grundlage einer neuen DDR-Verfassung zu machen, zu verstehen.

Was ansteht, das ist die Diskussion mit der DDR-spezifischen Sozialismus-Utopie, welche im Bewußtsein nicht weniger Menschen in der DDR herumgeistert. Die Hitler-Errungenschaft der Reichsautobahn, die zu den größ-

ten Propaganda-Erfolgen des Joseph Goebbels zählt, wurde durch den Propaganda-Erfolg der DDR-Indoktrination über nicht vorhandene Errungenschaften der DDR um ein vielfaches überboten; denn hatte der Mythos von der Reichsautobahn noch eine gewisse Entsprechung in der Realität, so sind die sog. sozialen Errungenschaften des Sozialismus in der DDR mehr nach Art der Gewänder in „Des Kaisers neue Kleider“ zu verstehen.

Die Gefahr dieser neuen DDR-spezifischen Sozialismus-Utopie besteht darin, daß sie, wie jede Ideologie, neben der Wirklichkeit angesiedelt ist. Diese ideologiebedingte Realitätsferne führt leicht dazu, daß die unmittelbar anstehenden Aufgaben übersehen, wenn nicht gar beiseite geschoben werden. Die Fixierung auf die Ideologie wird gleichsam zu einer fixen Idee, in der der Unsinn blüht. Wie anders ist der Ausspruch Walter Ulbrichts möglich gewesen und von den Parteipropagandisten bis ins Unerträgliche wiederholt worden: überholen ohne einzuholen. Gemeint war der ökonomische Wettlauf zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Realitätsverlust bei den Verfechtern des DDR-Sozialismus wiegt um so schwerer, als sie in ihrer Lehre von der politischen Ökonomie dieser gerade die entscheidende Hebelfunktion zuerkannten bei der Umgestaltung der alten in neue gesellschaftliche Verhältnisse. Die politischen Kräfte, die bei der Wende eine wichtige Rolle gespielt haben und nun dem Traum von einer vom SED-Staat befreiten, aber eigenständigen und besseren DDR nachhängen, sind womöglich unwissentlich und unwillentlich Opfer der Indoktrination der vergangenen Epoche.

## **Der Aufbruch der Katholiken**

Mitte der 80er Jahre begann man sich in der katholischen Kirche in der DDR verstärkt auf die Unverzichtbarkeit eines eigenständigen politischen und gesellschaftlichen Engagements der katholischen Christen – einzeln und im Verbund – zu besinnen und nach Wegen zu suchen, es zu verwirklichen; gewisse Lockerungen der staatlichen Kirchenpolitik gegenüber früher schien dies möglich zu machen. So fand im Jahre 1986 in Berlin ein erster Jugendkongreß mit 1000 jugendlichen Teilnehmern statt, in dem eigentlich alle die Jugendlichen interessierenden Themen aus Kirche und Gesellschaft zur Sprache kamen. Dem erstmals in der DDR 1987 in Dresden stattfindenden Katholikentreffen, an dessen Schlußveranstaltung mehr als 100.000 Gläubige teilnahmen, ging ein Delegiertentreffen mit 3000 Vertretern aus allen katholischen Kirchengemeinden in der DDR voraus. In 10 großen Themengruppen zu je 10 Untergruppen wurden auch hier alle gesellschaftlich und politisch relevanten Fragen behandelt. Ohne Zweifel wurde eine immense politische Bildungsarbeit initiiert, die dann in den Gemeinden wenigstens hier und da

eine Fortsetzung fand und die im gesellschaftlichen Aufbruch wenigstens teilweise wirksam wurde. Leider blieben die Hinweise unbeachtet, die dort begonnene Arbeit in offenen, DDR-weiten Poren unter dem gegen staatlichen Zugriff schützenden Dach der Bischöfe und doch ohne deren unmittelbare Zuständigkeit – eben als echte Laieninitiative – fortzuführen. Man ordnete die Weiterarbeit den einzelnen Jurisdiktionsbezirken zu und übertrug die Verantwortung dafür den Seelsorgeämtern. Durch diesen Umstand ist für die Bildung einer DDR-weiten, an das Kleine Katholikentreffen in Dresden anknüpfende Laieninitiative ein Zeitverlust von zwei Jahren eingetreten, der angesichts des so stürmischen Verlaufs der politischen Entwicklung in der DDR sich nachteilig auswirkt.

### **Aufgaben und Herausforderungen**

Vor welchen Aufgaben und Herausforderungen stehen wir innerhalb der Kirche und innerhalb der Gesamtgesellschaft?

1. *Es geht zuerst um die Beseitigung bzw. Aufarbeitung der politisch-ideologisch bedingten Deformationen der Menschen in der DDR:* Sie sind das Ergebnis der ideologischen Indoktrination und des Versuchs, den „neuen Menschen“, die kommunistische Persönlichkeit, zu schaffen. Es müssen also die vom System verursachten verkehrten Grundhaltungen überwunden werden. Dies nun ist nicht in direkter Einwirkung zu erreichen, sondern wohl nur in längeren Zeiträumen möglich. Es ist ähnlich wie in der Medizin: Um manchen Menschen zielgerichtet behandeln zu können, muß erst einmal der Allgemeinzustand des Patienten verbessert werden. Und da es um Einsichten und um die innere Veränderungsbereitschaft des Menschen geht, helfen hier weder administrative Maßnahmen noch Kommandos. Was im einzelnen geschehen sollte und geschehen müßte, kann in den folgenden Punkten nur angedeutet werden.

2. *Es muß eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem bisherigen Sozialismus und seinen ideologischen Grundlagen, vor allem mit dem Historischen und Dialektischen Materialismus, seinem Menschenbild und seiner Gesellschaftstheorie erfolgen.* In diese Auseinandersetzung muß auch sein Nachfahre einbezogen werden: die neue DDR-typische Sozialutopie. Sie hält den „Sozialismus an sich“ für eine gute Sache. Nur die Menschen seien die Ursache dafür, daß dieses gute System, die „gerechtere Gesellschaftsordnung“ gescheitert sei.

In diesem Zusammenhang ist an die geistige Auseinandersetzung um den Begriff eines Demokratischen Sozialismus gegen Ende der 50er Jahre in der Bundesrepublik zu erinnern, die auf einem sehr hohen Niveau geführt wurde, beispielsweise an die Tagung der katholischen Akademie in Bayern im Januar 1958, an der u. a. Gundlach und von Nell-Breuning, Carlo Schmid

und von Knoeringen teilgenommen haben. Heute hat die Nachfolgeorganisation der SED, die PDS, sich diese Bezeichnung angeeignet; sie nennt sich „Partei des Demokratischen Sozialismus“, und sie hat keinen geringen Erfolg damit, wie die Wahlen zur Volkskammer und die Kommunalwahlen in der DDR gezeigt haben. Alte und junge idealsozialistisch gesinnte Menschen gehören vor allem zum Wählerpotential der PDS, das so ernst genommen werden muß wie das der Grünen in der Bundesrepublik, gleich ob es sich um hellgrün oder um dunkelgrün handelt.

3. Es sind für die Deutschen in der DDR unbedingt *Grundinformationen* nötig über die Struktur und das Funktionieren einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie, es ist das Interesse an diesen Fragen überhaupt erst einmal bei breiteren Schichten zu wecken. Alles Neue ängstigt, das ist eine Erfahrungstatsache, die auch für die aus DDR-Sicht schwer durchschaubaren staatlichen, insbesondere die föderalen Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland zutrifft.

Für die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten gilt für die DDR-Bürger das gleiche.

4. Es ist das Gespräch über *Grundwerte* in der demokratischen Gesellschaft in Gang zu setzen, die allen ordnungspolitischen Aussagen vorgegeben sind. Der Politpragmatismus allein reicht nicht aus, um auch in der DDR zu einer wertorientierten demokratischen Grundordnung zu kommen und ihr Bestand zu geben. Leider macht heute bei manchen in der Bundesrepublik das Wort von der „pragmatischen Ratlosigkeit“ die Runde, wenn das Thema Grundwerte und Grundwertekonsens zwischen Ost und West zur Sprache kommt. Meist weiß man dann nichts anderes anzubieten als ein wenig Situationsethik, indem man seine Orientierung am Verhalten der Nebenleute sucht. Hier tut sich ein weites Feld der Information und Werterschließung für Menschen auf, die sich als Verführte vorfinden und noch gar nicht recht erkennen, geschweige denn begreifen können, was eigentlich mit ihnen geschehen, zutreffender, was ihnen widerfahren ist.

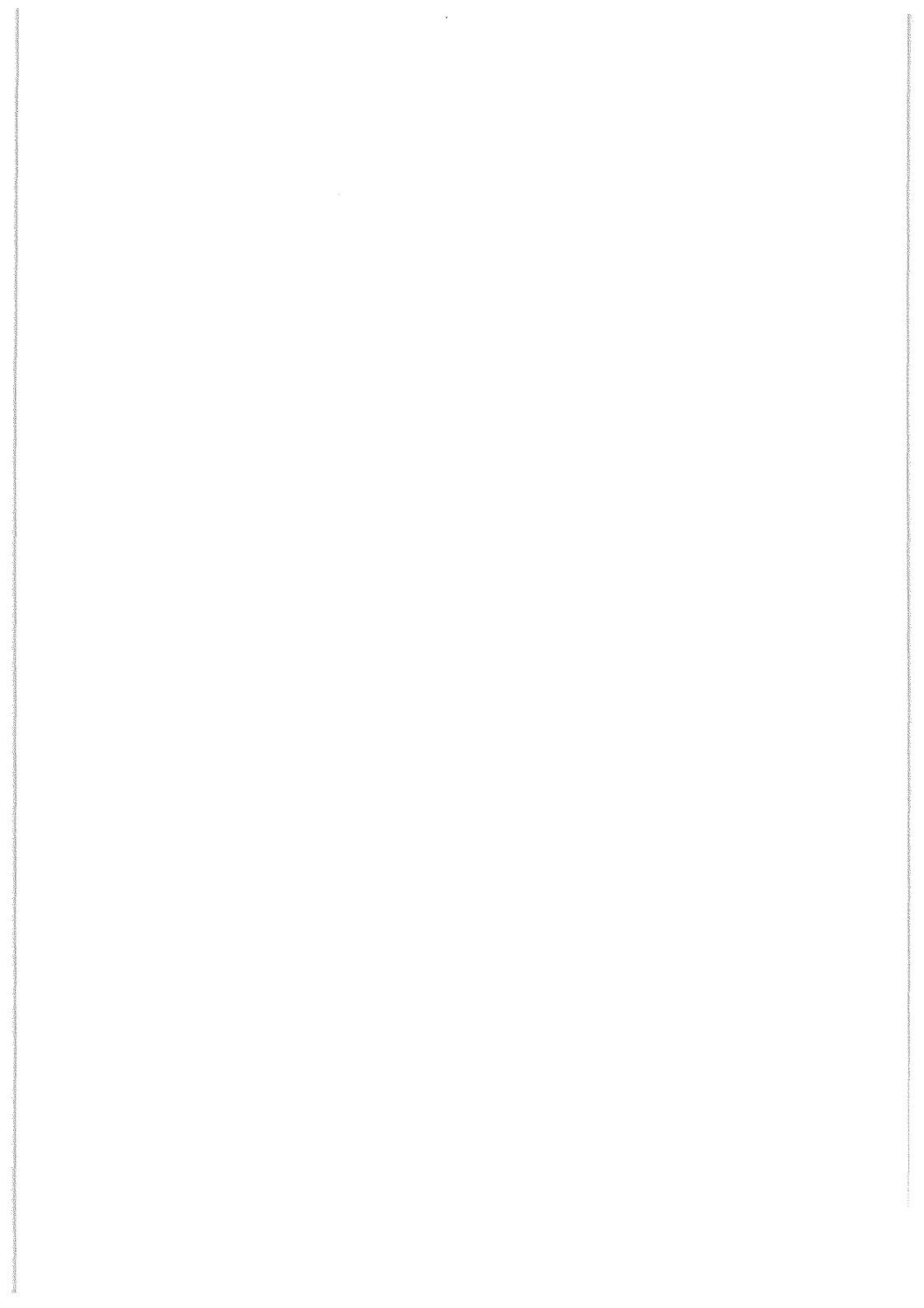
Die Dresdner Kathedralvorträge z. B. oder die Arbeit in kleineren Zirkeln und Kreisen tun ganz ohne Zweifel ihre Wirkung. Vieles ist hier bereits im Rahmen auch der katholischen Laieninitiativen an geistigem Aufbruch geschehen, was in Bildungsprogrammen kundig fortzuführen ist. Dabei wäre es zu wünschen, daß die am Standort Berlin geplante katholische Akademie das Gespräch, auch das interdisziplinäre Gespräch und das mit den verschiedenen politischen Parteien, fördert bzw. ermöglicht.

5. Bei dem Bemühen um das Gespräch über Grundwerte sollte man sich nicht darüber täuschen, daß *das Gespräch mit der Ökumene* auf dem Feld ethischer und sozialetischer Fragen und also auch auf dem Gebiet katholischer Sozial- oder Gesellschaftslehre – wenigstens in der DDR – sehr schwierig werden dürfte. Der Versuch mit Kompromißformeln, die in Wirklichkeit

keine sind, die Probleme aufzuheben, ist mit Sicherheit kein erfolversprechendes Mittel. Doch ist in den evangelischen Kirchen in der DDR ein hohes Maß an sozialer und politischer Verantwortung zu Hause, das trotz der zu erwartenden Schwierigkeiten Anlaß zur Zuversicht gibt.

6. Es wird auch notwendig sein, sich intensiv mit *philosophisch-theologischen Grundsatzfragen* zu beschäftigen, um so einen geistigen Anmarsch zur katholischen Soziallehre zu ermöglichen, oder anders gesagt: es geht um Prolegomena des Naturrechts. Dem Rechtspositivismus, der unter den DDR-Bedingungen dem Totalitätsanspruch des Systems Tür und Tor öffnete, muß die Idee eines übergesetzlichen Rechts entgegengestellt werden, wie es das Bundesverfassungsgericht 1952 tat, als es erklärte, es erkenne die Existenz überpositiven, auch den Verfassungsgesetzgeber bindenden Rechtes an.<sup>6)</sup> Nach den leidvollen Erfahrungen der Rechtlosigkeit, ja des zum Gesetz erhobenen Unrechts, werden wir in der DDR einen guten Boden vorfinden, eine Befindlichkeit, welche offen ist für das Verständnis und die Annahme gewisser Grundzüge einer auch naturrechtlich orientierten katholischen Sozial- bzw. Gesellschaftslehre. Es sei denn, gewisse Theologen, die sich in eine ganz bestimmte, mehr ideologie- als theologieträchtige Richtung verrannt haben, bestimmen mit einem modernen zersetzenden Skeptizismus die immanente Überzeugungskraft dieser Lehre beim einfachen Menschen.

Für jede Form politischer Bildung eröffnet sich ein weites Feld. Es wäre zu wünschen, daß dies nicht von vornherein von vorgängig auf ihr Konzept festgelegten politischen Parteien oder Gruppierungen in einer Weise besetzt wird, daß der erforderliche Grundkonsens der Demokraten dabei auf der Strecke bleibt. Die Verfolgung partikularer Interessen zu Lasten des Ganzen bringt letztlich auch Gefährdungen für diese partikularen Gruppen selbst mit sich, es sei denn, diese schickten sich an, im Sinne eines neuen Totalitarismus die Machtübernahme zu betreiben. In diesem Sinne hat die katholische Gesellschaftslehre eine gute Chance in der DDR.



## **Anmerkungen**

- 1) Bischof Dr. Otto Spülbeck, Predigt beim 77. Deutschen Katholikentag Köln 1956, in: „Die Kirche, das Zeichen Gottes unter den Völkern“, Paderborn 1958.
- 2) Henschelverlag Berlin 1967.
- 3) Oberkirchenrätin Christa Lewek, Gespräch mit Günter Gaus in der ARD-Reihe „Deutsche“ am 20. 1. 1968, zitiert nach DIE ZEIT vom 1. Februar 1985.
- 4) Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, zitiert nach DIE ZEIT vom 21. Juli 1989, S. 6.
- 5) Lucian Hölscher, Weltgericht oder Revolution, Stuttgart 1989.
- 6) Vgl. Joseph Höffner, Christliche Gesellschaftslehre, Kevelaer 1962.

## **Zur Person des Verfassers**

Prälat Gerhard Lange, Berlin.